

Niederschrift



Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Bornheim am Donnerstag, 14.01.2016, 18:00 Uhr, im Ratssaal des Rathauses Bornheim, Rathausstraße 2

X	Öffentliche Sitzung
	Nicht-öffentliche Sitzung

Sitzung Nr.	02/2016
HFA Nr.	1/20166

Anwesende

Bürgermeister

Henseler, Wolfgang Bürgermeister

Mitglieder

Bandel, Helga	CDU-Fraktion	
Hanft, Wilfried	SPD-Fraktion	
Heller, Petra	CDU-Fraktion	
Heßling, Günter	CDU-Fraktion	
Kleinekathöfer, Ute	SPD-Fraktion	
Koch, Christian	FDP-Fraktion	
Koch, Maria - Charlotte	Bündnis 90/Grüne-Fraktion	
Kretschmer, Gabriele	CDU-Fraktion	
Krüger, Frank W.	SPD-Fraktion	
Lehmann, Michael	Fraktion-DIE LINKE	
Oster, Thomas	CDU-Fraktion	
Prinz, Rüdiger	CDU-Fraktion	ab TOP 7 tw.
Quadt-Herte, Manfred	Bündnis 90/Grüne-Fraktion	
Voigt, Philipp	SPD-Fraktion	
Weiler, Jürgen	fraktionslos	
Züge, Rainer	SPD-Fraktion	

stv. Mitglieder

Feldenkirchen, Hans Gerd	UWG/Forum-Fraktion
Montenarh, Stefan	UWG/Forum-Fraktion
Schwarz, Wolfgang	CDU-Fraktion
Strauff, Bernhard	CDU-Fraktion
Velten, Konrad	CDU-Fraktion

Verwaltungsvertreter

Brandt, Joachim
Cugaly, Ralf Kämmerer
Paulus, Wolfgang Dr.
Pilger, Christiane
Schier, Manfred Erster Beigeordneter
Schnapka, Markus Beigeordneter
Seck, Thomas
Walter, Sabine

Schriftführerin

Altaner, Petra

Nicht anwesend (entschuldigt)

Feldenkirchen, Else	UWG/Forum-Fraktion
Marx, Bernd	CDU-Fraktion

Schmitz, Heinz Joachim
Söllheim, Michael
Wirtz, Hans-Dieter

UWG/Forum-Fraktion
CDU-Fraktion
CDU-Fraktion

Tagesordnung

TOP	Inhalt	Vorlage Nr.
	<u>Öffentliche Sitzung</u>	
1	Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin	
2	Einwohnerfragestunde	
3	Entgegennahme der Niederschriften über die Sitzungen Nr. 63/2015 vom 01.10.2015 und Nr. 76/2015 vom 19.11.2015	
4	Satzung der Stadt Bornheim über die Änderung der im Flurbereinigungsverfahren Roisdorf getroffenen Festsetzungen	632/2015-7
5	Satzung der Stadt Bornheim über die Änderung der im Flurbereinigungsverfahren Dersdorf getroffenen Festsetzungen vom XX.XX.XXXX	651/2015-7
6	Doppelhaushalte für die Haushaltsjahre 2017 bis 2020	694/2015-2
7	Brandsicherheitswachen der Freiwilligen Feuerwehr	011/2016-3
8	Gerätewart für die Freiwillige Feuerwehr	012/2016-3
9	Aktuelle Information zur Aufnahme von Flüchtlingen	027/2016-5
10	Antrag der CDU-Fraktion vom 22.10.2015 (Eingang 02.11.2015) betr. Weiterentwicklung des Frauenförderplanes	657/2015-GB
11	Antrag der FDP-Fraktion vom 16.11.2015 betr. Kennzahlen-Benchmark der GPA NRW	678/2015-2
12	Anfrage der CDU-Fraktion vom 16.11.2015 betr. Förderung des Breitbandausbaus	680/2015-11
13	Mitteilung betr. Ausschreibungstext zur freierwerbenden Stelle des Beigeordneten für das Dezernat 3	044/2016-11
14	Mitteilung betr. Stellungnahme Kommunalaufsicht zur Weiterführung der Schulsozialarbeit	676/2015-2
15	Mitteilung betreffend Entwicklung der Erträge der Stadt Bornheim im Haushaltsjahr 2015	681/2015-2
16	Mitteilung betr. Umsatzsteuerpflicht für Leistungen der Stadt Bornheim	687/2015-2
17	Mitteilung betr. Umsetzung Stadtmarketing-Prozess Bornheim	703/2015-11
18	Aktuelle Mitteilungen und Beantwortung von Fragen aus vorherigen Sitzungen	022/2016-1
19	Anfragen mündlich	

Vor Eintritt in die Tagesordnung (der gesamten Sitzung)

Bürgermeister Wolfgang Henseler eröffnet die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Bornheim, stellt fest, dass ordnungsgemäß eingeladen worden ist und dass der Haupt- und Finanzausschuss beschlussfähig ist.

Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wird in folgender Reihenfolge behandelt:
TOP 1 – 19.

	<u>Öffentliche Sitzung</u>	
1	Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin	

Frau Altaner ist bereits zur Schriftführerin bestellt.

2	Einwohnerfragestunde	
----------	-----------------------------	--

Die Einwohnerfragestunde entfällt, da keine Fragen vorliegen.

3	Entgegennahme der Niederschriften über die Sitzungen Nr. 63/2015 vom 01.10.2015 und Nr. 76/2015 vom 19.11.2015	
----------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--

Der Haupt- und Finanzausschuss erhebt gegen den Inhalt der Niederschriften über die Sitzungen Nr. 63/2015 vom 01.10.2015 und Nr.76/2015 vom 19.11.2015 keine Einwände.

4	Satzung der Stadt Bornheim über die Änderung der im Flurbereinigungsverfahren Roisdorf getroffenen Festsetzungen	632/2015-7
----------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt folgende

Satzung der Stadt Bornheim über die Änderung der im Flurbereinigungsverfahren Roisdorf getroffenen Festsetzungen vom XX.XX.2015

Auf Grund § 2 des Gesetzes über die durch ein Auseinandersetzungsverfahren begründeten gemeinschaftlichen Angelegenheiten vom 09.04.1956 (GV.NRW. S. 134 / SGV NRW 7815) in Verbindung mit den §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein - Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666 / SGV. NRW. 2023), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. Juni 2015 (GV. NRW. S. 495), hat der Rat der Stadt Bornheim in seiner Sitzung vom XX.XX. 2015 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Der Wirtschaftsweg Gemarkung Roisdorf, Flur 22, Flurstück 86 wird eingezogen.

§ 2

Diese Satzung tritt mit dem Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

- Einstimmig -

5	Satzung der Stadt Bornheim über die Änderung der im Flurbereinigungsverfahren Dersdorf getroffenen Festsetzungen vom XX.XX.XXXX	651/2015-7
----------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt folgende

Satzung der Stadt Bornheim über die Änderung der im Flurbereinigungsverfahren Dersdorf getroffenen Festsetzungen vom XX.XX.XXXX

Auf Grund § 2 des Gesetzes über die durch ein Auseinandersetzungsverfahren begründeten gemeinschaftlichen Angelegenheiten vom 09.04.1956 (GV.NRW. S. 134 / SGV NRW 7815) in Verbindung mit den §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein - Westfa-

len in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666 / SGV. NRW. 2023), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. Juni 2015 (GV. NRW. S. 495), hat der Rat der Stadt Bornheim in seiner Sitzung vom XX.XX.XXXX folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Der Wirtschaftsweg Gemarkung Bornheim-Brenig, Flur 73, Flurstück 68, wird auf einer Länge von 63,50 m eingezogen.

Der Wirtschaftsweg Gemarkung Bornheim-Brenig, Flur 73, Flurstück 375, wird auf einer Länge von 35 m eingezogen.

Die betroffenen Wegestrecken sind in dem beigefügten Lageplan dargestellt, der Bestandteil dieser Satzung ist.

§ 2

Diese Satzung tritt mit dem Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

- Einstimmig -

6	Doppelhaushalte für die Haushaltsjahre 2017 bis 2020	694/2015-2
----------	-------------------------------------------------------------	-------------------

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat folgenden Beschlussentwurf:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, für die Haushaltsjahre 2017 bis 2020 Doppelhaushalte aufzustellen.

- Einstimmig -

7	Brandsicherheitswachen der Freiwilligen Feuerwehr	011/2016-3
----------	----------------------------------------------------------	-------------------

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt Kenntnis von dem Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion (Der Rat beschließt, dass die Aufwandsentschädigung für die Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Bornheim für Leistung des Brandsicherheitswachdienstes auf 8,50 Euro je Stunde festgesetzt wird. Das bisherige Verzehrgeld entfällt. Der Rat beauftragt den Bürgermeister, die Höhe der Aufwandsentschädigung zu den Haushaltsberatungen 2019/20 zu evaluieren und unter Berücksichtigung der in anderen Kommunen gezahlten Stundensätze gegebenenfalls durch den Haupt- und Finanzausschuss anzupassen) und verweist die Vorlage ohne Votum in den Rat

- Einstimmig -

8	Gerätewart für die Freiwillige Feuerwehr	012/2016-3
----------	-------------------------------------------------	-------------------

Der Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion, die Verwaltung zu beauftragen darüber hinaus, den über 3.969 Stunden hinausgehenden Bedarf an Gerätewart-Stunden zumindest näherungsweise zu kalkulieren und für die Haushalts- und Stellenplanberatungen 2017 eine für diesen Arbeitsumfang ausreichende Anzahl an Gerätewart-Stellen vorzusehen. Hierbei soll ebenfalls die Einstufung der Entgeltgruppe überprüft werden. Der Rat ist unter Berücksichtigung des schon jetzt feststehenden Aufgabenvolumens der Auffassung, dass die Feuerwehr der Stadt Bornheim drei Gerätewarte in Vollzeit-Beschäftigung zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben und zur Gewährleistung der Sicherheit benötigt, wird mit einem Stimmenverhältnis von

11 Stimmen für den Antrag (CDU, FDP)

11 Stimmen gegen den Antrag (SPD, UWG, B90/Die Grünen, LINKE, Weiler, BM) abgelehnt.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat stimmt der Einstellung eines weiteren Gerätewartes unter Verrechnung auf den Gesamtstellenplan zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu und beauftragt die Verwaltung eine entsprechende unbefristete Stelle im Stellenplan 2017 sowie die notwendigen Sachkosten im Haushaltsplanentwurf 2017 vorzusehen.

- Einstimmig -

9	Aktuelle Information zur Aufnahme von Flüchtlingen	027/2016-5
----------	-----------------------------------------------------------	-------------------

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt von den Ausführungen der Verwaltung Kenntnis.

10	Antrag der CDU-Fraktion vom 22.10.2015 (Eingang 02.11.2015) betr. Weiterentwicklung des Frauenförderplanes	657/2015-GB
-----------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss beauftragt die Verwaltung,

- den Frauenförderplan fortzuschreiben und dem Ausschuss und auf Antrag der Fraktion B90/Die Grünen auch dem Rat vorzustellen,
- der Gleichstellungsbeauftragten die Möglichkeit zu geben über aktuelle Projekte und Entwicklungen zu berichten und zukünftig einmal jährlich eine Mitteilung über die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten vorzulegen,
- darzustellen, welche Maßnahmen unternommen werden, um mehr männliche Mitarbeiter im Sozial- und Erziehungsbereich einzustellen.

- Einstimmig -

11	Antrag der FDP-Fraktion vom 16.11.2015 betr. Kennzahlen-Benchmark der GPA NRW	678/2015-2
-----------	--------------------------------------------------------------------------------------	-------------------

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Antrag der FDP-Fraktion vom 16.11.2015 und die hierzu vorliegende Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis und beauftragt den Bürgermeister, in einem ersten Schritt zu den übereinstimmenden Kennzahlen des NKF-Kennzahlensets und des GPA-Kennzahlensets den im Sinne der Antragstellung gewünschten Vergleich auf der Basis der Daten des Jahresabschlusses 2015 vorzunehmen und dem Haupt- und Finanzausschuss hierzu im II. Quartal 2016 zu berichten.

- Einstimmig -

12	Anfrage der CDU-Fraktion vom 16.11.2015 betr. Förderung des Breitbandausbaus	680/2015-11
-----------	-------------------------------------------------------------------------------------	--------------------

- Kenntnis genommen -

Zusatzfragen AM Heller

1. Hat die Stadt für den SBB Fördermittel beantragt?
2. Wurden Mittel für das freie WLAN abgerufen?

Antwort:

Wird geprüft.

13	Mitteilung betr. Ausschreibungstext zur freiwerdenden Stelle des Beigeordneten für das Dezernat 3	044/2016-11
-----------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------

- Kenntnis genommen -

14	Mitteilung betr. Stellungnahme Kommunalaufsicht zur Weiterführung der Schulsozialarbeit	676/2015-2
-----------	------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------

- Kenntnis genommen -

Zusatzfrage

AM Hanft

Wie kommt der Sinneswandel der Kommunalaufsicht und mit welcher Begründung ist dies geschehen?

Antwort:

Die Kommunalaufsicht hat auf Grund der Besonderheiten des Einzelfalls und nach Gesprächen mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern eine Ausnahmeregelung gefunden.

15	Mitteilung betreffend Entwicklung der Erträge der Stadt Bornheim im Haushaltsjahr 2015	681/2015-2
-----------	-----------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------

- Kenntnis genommen -

Zusatzfragen

AM Heller betr. Gewerbesteueraufkommen

1. Handelt es sich dabei um einen einmaligen Fall oder begleitet uns dies schon über Jahre?

Antwort:

Das sind aktuelle Erkenntnisse, die sich aus Klageverfahren ergeben.

- 2 Was ist der Grund für die Klage?

Antwort:

Grund der Klage ist, dass die die Gewerbesteuer nachzahlen mussten, nicht einverstanden sind.

AM Hanft

Kann man eine Auskunft darüber geben, welche Konsequenzen diese Entwicklung auf das Haushaltssicherungskonzept hat?

Antwort:

Dafür ist es zu früh. Im März wird die Aufwandssituation vorgestellt.

Dann könnte ein Ausblick auf die weitere Situation gegeben werden.

16	Mitteilung betr. Umsatzsteuerpflicht für Leistungen der Stadt Bornheim	687/2015-2
-----------	-------------------------------------------------------------------------------	-------------------

- Kenntnis genommen -

17	Mitteilung betr. Umsetzung Stadtmarketing-Prozess Bornheim	703/2015-11
-----------	-------------------------------------------------------------------	--------------------

- Kenntnis genommen -

Zusatzfragen

AM Velten betr. Gesamtkosten 29.769 Euro, getroffener Beschluss sah keine Kosten vor. Woher kommen diese Gelder und wie sind diese gedeckt?

Antwort:

Mit dem eigenen Personal der Stadt ist dies nicht leistbar. Wenn ein Stadtmarketing-Prozess gewünscht ist, kostet dieser Geld.

Das Geld muss aus dem städtischen Haushalt genommen werden, wo städtische Beratungsleistungen verankert sind.

AM Kleinekathöfer betr. Beschluss Stadtmarketing-Prozess für die gesamte Stadt

Kann die Verwaltung sich vorstellen, dass den Mitgliedern der SPD bewusst war, dass dies ein Prozess sein wird, der nicht zum Nulltarif zu haben ist?

Antwort:

Der Bürgermeister kann sich das vorstellen und geht davon aus, dass sich auch alle anderen das vorstellen können.

AM Heller

Kann die getroffene Beschlusslage des Ausschuss für Stadtentwicklung nochmals geprüft werden?

Antwort:

Wird geprüft.

18	Aktuelle Mitteilungen und Beantwortung von Fragen aus vorherigen Sitzungen	022/2016-1
-----------	-----------------------------------------------------------------------------------	-------------------

Aktuelle Mitteilungen

Mitteilung betr. Veränderungen im Filialnetz der Deutschen Post AG in Bornheim

-Kenntnis genommen-

Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

AM Kleinekathöfer (19.11.2015)

1. Kann zukünftig sichergestellt werden, dass bei Absagen von Sitzungsterminen dies mit dem Vorsitzenden des Ausschusses besprochen wird?
2. Ist es möglich, noch eine Sitzung des Integrationsrates im Dezember stattfinden zu lassen?

Antwort:

Es hat ein Gespräch des Bürgermeisters mit dem Vorsitzenden des Integrationsrates stattgefunden. Es wurde sich hinsichtlich der Verfahrensweise und der Arbeit des Integrationsrates für das Jahr 2016 auf verschiedene Punkte verständigt.

Die Räumlichkeiten im Servatiusweg wurden dem Integrationsrat, dem Seniorenbeirat und dem Kinder- und Jugendparlament für ihre Arbeit zu Nutzung angeboten.

19	Anfragen mündlich	
-----------	--------------------------	--

AM Prinz betr. Brief bezüglich Verjährungsfristen an die Anlieger des Rheinufers einen Tag vor Weihnachten

1. Welche direkten Kosten sind der Stadt Bornheim in Rechnung gestellt worden?
2. Welche indirekten Kosten kommen auf die Stadt Bornheim zu?

Antwort:

Die Stadt hat ein entsprechendes Schreiben nach Weihnachten erhalten. In diesem Schreiben wurde die Stadt nicht unmittelbar mit Forderungen konfrontiert, sondern mit dem Begehren einer Feststellung der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung gegenüber der Bezirksregierung eine Festsetzung nach dem WHG vorzunehmen. Die Beträge, die an die Stadt gestellt worden sind, sind nicht nachvollziehbar und recht abenteuerlich.

Das umfassende Schreiben wird seitens der Stadtverwaltung mit einem Rechtsbeistand aufbereitet und sobald ein Ergebnis vorliegt wird der Ausschuss informiert.

AM Hanft betr. Erklärung aller Ratsmitglieder bezüglich nicht öffentlicher Sitzungsvorlagen.
Sind zwischenzeitlich alle Erklärungen unterschrieben zurückgesandt worden?

Antwort:

Nein, es haben noch nicht alle unterschrieben.

Ende der Sitzung: 21:10 Uhr

gez. Wolfgang Henseler
Bürgermeister

gez. Petra Altaner
Schriftführung